



Landesverband, 7. April 2015

Ein wichtiger Erfolg für das Personal des TICE!

Bekanntlich hatte die Führung des TICE darauf bestanden, dass in den neuen Dienstvorschriften von 2014, das Recht der Funktionäre auf „3 tägigen Krankenurlaub ohne ärztliches Attest“ auf maximal zwei Mal pro Jahr beschränkt würde.

Trotz aller Hinweise unserer Gewerkschaft auf den illegalen Charakter einer solchen Regelung, war das Präsidium damals nicht von dieser beabsichtigten Verschlechterung abzubringen.

Für den Landesverband war eine Regelung, welche die Funktionäre des TICE schlechter behandeln würde als z.B. administrative Funktionäre einer Gemeinde, von Anfang an inakzeptabel. Uns war sofort klar was auf dem Spiel steht und welche Konsequenzen ein solches Vorgehen nach sich ziehen würde, wenn das Eis erst gebrochen wäre.

- Es ging hierbei um eine handfeste Verschlechterung eines statutarischen Rechts und einen realen sozialen Rückschritt mit spürbaren Folgen für das Personal.

- Des Weiteren stellt diese Attacke auf ein bestehendes Gesetz einen gefährlichen Präzedenzfall dar, der weitere Angriffe auf soziale Errungenschaften und statutarische Rechte nach sich gezogen hätte.

- Wenn die Führung eines öffentlichen Betriebes, von der man exemplarische Gesetzestreue erwarten sollte, sich dazu verleiten lässt geltendes Recht zu verbiegen wenn es ihren eigenen Interessen dient, dann braucht man sich nicht zu wundern wenn die Angestellten irgendwann die gleichen Verhaltensmuster übernehmen! Da der Chef immer eine Vorbildfunktion erfüllt, kann ein solches Vorgehen immer nur negative Auswirkungen auf die Moral des Personals haben.

Da die von der FGFC-Mehrheit dominierte Personalvertretung zu keinerlei aktiver Gegenwehr bereit war und die Präsidiumsbeschlüsse schon als „unabänderlich“ akzeptiert hatte, blieb dem Landesverband nichts anderes übrig als die Verteidigung unserer Rechte selbst in die Hand zu nehmen.

In zwei Schreiben wandten wir uns direkt an den Innenminister. Als diese Briefe unbeantwortet blieben, wurde unser ehemaliger Sektorenpräsident und Abgeordneter Justin Turpel aktiv, mittels einer „question parlementaire“ bat er den Innenminister Dan Kersch um schriftliche Stellungnahme.

Die besagte Stellungnahme des Innenministers lautet folgendermaßen: „*Ce n'est qu'au cas où l'absence du fonctionnaire dépasse 3 jours que celui-ci doit produire un certificat médical.*“ Und weiter; „*...aucune décision à prendre par un corps communal ne doit être contraire*

Zesumme staark!

à un règlement grand-ducal ou à une loi. " Das ist wohl eindeutig.

Die praktischen Konsequenzen bestehen nun darin, dass die Führung des TICE den Artikel 16 des abgeänderten Gesetzes vom 21. Oktober 1987, nicht mehr ignorieren oder nach ihrem Gutdünken interpretieren darf. Würde sie es trotzdem wagen einem Funktionär, der dieses Gesetz in Anspruch nimmt, ein Disziplinarverfahren anzuhängen, ist dieses Vorgehen eindeutig zum Scheitern verurteilt.

Die Betriebsführung wäre nun also gut beraten, wenn sie neue Dienstvorschriften drucken würde. Die Alten, mit nicht gesetzkonformem Inhalt, gehören eingestampft!

Allerdings betrachten wir dieses Recht (laut Art.16) nicht als Freikarte um legal „Blau“ zu machen. In der Praxis hätte die verschlechter-

te Regelung wohl keinen entschlossenen „Simulanten“ abgeschreckt sondern nur den kurzfristig Erkrankten das Leben noch etwas schwerer gemacht. Dem Patronat ging es hier eindeutig um die Einschränkung eines statutarischen Rechts! Die Betriebsdelegation des Landesverbandes betrachtet das Ganze als einen weiteren Schritt in Richtung Aushöhlung unseres Funktionärsstatuts. Dem wurde nun ein Riegel vorgeschoben.

Fazit: Man kann sich sehr wohl gegen das Patronat des Öffentlichen Dienstes durchsetzen. Vorausgesetzt man ist dazu entschlossen!

Der Landesverband ist und bleibt die Gewerkschaft die ihre Gewerkschaftsarbeit konsequent weiter führt, wo die Anderen damit aufgehört haben!

Mitgeteilt vom Vorstand der Sektion TICE

